

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

87. Sitzung

am Mittwoch, dem 1. Dezember 2004,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Hermann Benker (SPD)

Amt. Vorsitzender

Maren Kruse (SPD)

i. V. von Klaus-Dieter Müller

Birgit Herdejürgen (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

i. V. von Roswitha Strauß

Uwe Eichelberg (CDU)

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock (CDU)

Joachim Wagner (CDU)

Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|---|--------------|
| 1. Vorlage des MWAV i.S. „Einwilligung des Finanzausschusses zu den im Zusammenhang mit der Errichtung des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein erforderlichen Änderungen im Einzelplan 06 und im Kapitel 1206 nach § 19 Abs. 13 des Haushaltsgesetzes 2004/2005“ | 6 |
| Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/5034 | |
| 2. Bereitstellung von Landeskomplementärmitteln für die Tranche 2004 der befristeten Schutzmaßnahmen für den Schiffbau (Wettbewerbs-hilfen) | 9 |
| Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Umdruck 15/5218 | |
| 3. Bericht der Investitionsbank 2003 | 10 |
| Drucksache 15/3522 | |
| 4. Reduzierung der Bundeswehr in Schleswig-Holstein | 11 |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3768 (neu) | |
| 5. Zur Bahnreform und zum Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein | 12 |
| Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/3430 | |

-
- 6. Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein von 1995** **13**
- Antrag der Landesregierung
Umdruck 15/5194
- 7. Zukunft der Kreditwirtschaft in Schleswig-Holstein** **14**
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 15/3757 (neu)
- 8. Umsetzung von Hartz IV in Schleswig-Holstein** **15**
- Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3345 Nr. 1 und 2
- 9. a) Ziele und Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs** **16**
- Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3153
- b) Umsetzung des Programms „Fahrradfreundliches Schleswig-Holstein“**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3494
- 10. Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen** **17**
- Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2149

-
- | | |
|---|-----------|
| 11. Maßnahmen der Landesregierung zur Kompensation der LKW-Maut für das schleswig-holsteinische Transportgewerbe | 18 |
| Mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| 12. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Schaffung der planerischen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb eines Freien-Elektronen-Lasers im Röntgenlaserbereich | 19 |
| Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3692 | |
| 13. Patentverwertungsagentur der schleswig-holsteinischen Hochschulen | 20 |
| Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/3640 | |
| 14. Verordnung der EU-Kommission zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (REACH); hier: Mögliche Auswirkungen der Verordnung auf die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein | 21 |
| hierzu: Umdrucke 15/4963 und 15/5101 | |
| 15. Verschiedenes | 21 |

Als Dienstältester unter den Abgeordneten übernimmt Abg. Benker den Vorsitz, eröffnet die Sitzung um 10:25 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage des MWAV i.S. „Einwilligung des Finanzausschusses zu den im Zusammenhang mit der Errichtung des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein erforderlichen Änderungen im Einzelplan 06 und im Kapitel 1206 nach § 19 Abs. 13 des Haushaltsgesetzes 2004/2005“

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 15/5034

St Rocca führt in die Vorlage ein. - Abg. Eichelberg erklärt für die CDU-Fraktion, dass man dem Konzept nicht zustimme. Wenige Wochen vor der Landtagswahl halte man es nicht für „geschickt“, die Neustrukturierung durchzuführen, und man sehe in einem Landesbetrieb Straßenbau nicht den wünschenswerten starken Effekt. Besser sei es aus Sicht der CDU, Kompetenzen zurück ins Ministerium zu verlagern. Ein Rationalisierungseffekt habe zum großen Teil bereits durch die Schließung von Straßenbauämtern und des Landesstraßenbauamtes in Heide stattgefunden.

Abg. Hentschel bedauert die von Abg. Eichelberg vorgetragene Haltung der CDU. Der hier eingeschlagene Weg des Ministeriums bezüglich der Straffung der Strukturen sei ausgesprochen konsequent. Die Regierungsfaktionen seien bereit, die Strukturveränderungen mitzutragen. Auch er, Abg. Hentschel, wolle, dass auch in Zukunft bei einem Landesbetrieb die Kontrolle durch das Parlament möglich sei. Er bittet um Darstellung, wie sich die Landesregierung in Zukunft die Finanzkontrolle, die Überwachung der Einhaltung von Zielvereinbarungen und die Darstellung des zukünftigen Amtes im Landeshaushalt vorstelle, um in diesem Bereich die Transparenz für das Parlament zu gewährleisten.

Abg. Herdejürgen unterstreicht, dass die Landesregierung seit Monaten an der Strukturreform arbeite und dass es sich insofern keineswegs um einen „Schnellschuss“ handle. Wer Flexibilität fordere, müsse es auch hinnehmen, dass die handelnden Einheiten flexibel arbeiten könnten und dass insoweit auch Entscheidungskompetenzen abgegeben werden müssten. Im Rahmen des Berichtswesens, das vom Parlament eingefordert und als System bereits eingeführt worden sei, sehe sie hier auch keine Transparenzprobleme.

Abg. Wagner lenkt ebenfalls den Blick auf die bevorstehende Landtagswahl und äußert, kein Verständnis dafür zu haben, dass jetzt noch kurzfristig über eine solche Strukturveränderung im Bereich des MWAV entschieden werden solle. Vielmehr müsse im Falle eines Regierungswechsels ein neues für das MWAV zuständiges Kabinettsmitglied über die Struktur seines Hauses entscheiden können.

Abg. Harms unterstreicht die Rationalisierungserfolge, die hier im Mittelpunkt zu stehen hätten. Er möchte wissen, ob alle Standorte gesichert seien, welche Bereiche in Zukunft ausgeschrieben würden, welche Planungen es für welche Bereiche gebe und ob die Arbeitnehmervertretungen an dem Konzept beteiligt worden seien.

Abg. Eichelberg weist darauf hin, dass seine Fraktion die Rationalisierungsschritte der letzten Jahre bei den Straßenbauämtern mitgetragen habe und dass es selbstverständlich sei, dass Kompetenzen abgegeben werden müssten. Im Übrigen sei es so, dass eine Kosten-Leistungs-Rechnung auch ohne die Organisationsform eines Landesbetriebs eingeführt werden könne.

M Dr. Rohwer erklärt, dass die Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung Klarheit erwarteten und jetzt eine Entscheidung wollten. Zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Personalräten sei das Modell erarbeitet worden, das nunmehr einen vernünftigen Kompromiss darstelle. Er teile die Auffassung von Abg. Eichelberg, dass im Zuge der Reform der Straßenbauverwaltung so viel Kompetenzen wie irgend möglich von oben nach unten verlagert werden sollten. Deshalb sehe das Modell des Landesbetriebs die Stärkung der Niederlassungen in den vier Standorten mit Standortgarantie vor. Aufgaben aus dem Landesamt würden künftig nach unten verlagert. Es gebe kein Landesamt mehr, sondern einen Landesbetrieb, der Steuerungsfunktion habe, und zudem seien Aufgaben reduziert und auf die Kommunen verlagert worden. Was bereits an Kompetenzen auf die Kommunen verlagert worden sei, könne sein Haus dem Ausschuss gern auch noch einmal schriftlich darstellen. Künftig gebe es keine Landesämter mehr, sondern vier Straßenbauämter in der Organisationsform eines Landesbetriebs.

St Rocca erklärt auf Fragen von Abg. Eichelberg, dass die Organisationsform des Landesbetriebs eine andere Art der Darstellung im Haushalt zur Folge habe. Der Landesbetrieb werde über einen Wirtschaftsplan gesteuert und durch Zielvereinbarungen. Die Rechte des Parlaments würden dadurch nicht beeinträchtigt und könnten dies auch nicht. Die Eckwerte der Zielvereinbarung werde das MWAV vor Eintritt in die Verhandlungen mit dem Landesbetrieb im Wirtschaftsausschuss gern vorstellen. Der Wirtschaftsplan werde im nächsten Doppelhaushalt 2006/2007 als Anlage zum Kapitel 0604 geführt werden, womit sichergestellt sei, dass das Parlament weiterhin sein Budgetrecht wahrnehmen können. Das Projekt Landesbe-

trieb Straßenbau sei in einer Vielzahl von Arbeitsgruppen, Lenkungsgruppen und stets unter Beteiligung der Personalräte erarbeitet worden. Er, St Rocca, gehe davon aus, dass insoweit die Personalräte das Projekt mittrügen. Die Gewerkschaften seien von der Maßnahme in Kenntnis gesetzt worden und man habe bisher keinen Widerspruch erfahren.

Unter Einschluss der gegebenen haushaltsmäßigen Konsequenzen der Errichtung eines Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein spricht der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP die Empfehlung an den Finanzausschuss aus, die Einwilligung nach § 19 Abs. 13 des Haushaltsgesetzes 2004/2005 in die in Umdruck 15/5034 dargestellten Änderungen zu erteilen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bereitstellung von Landeskompentärmitteln für die Tranche 2004 der befristeten Schutzmaßnahmen für den Schiffbau (Wettbewerbshilfen)

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Umdruck 15/5218

Nach der Erläuterung der Vorlage Umdruck 15/5218 durch M Dr. Rohwer spricht der Ausschuss einstimmig die Empfehlung an den Finanzausschuss aus, der Bereitstellung der überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 38 LHO i.V.m. § 5 HG 2004 zuzustimmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Investitionsbank 2003

Drucksache 15/3522

(überwiesen am 23. September 2004 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Investitionsbank 2003 einstimmig zur Kenntnis und erklärt seine Beratungen insoweit für abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Reduzierung der Bundeswehr in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3768 (neu)

(überwiesen am 11. November 2004 an den **Wirtschaftsausschuss** und den
Finanzausschuss)

Die Ausschussmitglieder kommen überein, eine Arbeitsgruppe aus je einem Vertreter der Fraktionen zu bitten, eine interfraktionell getragene Beschlussempfehlung zu erarbeiten. Der Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung des Ausschuss am 12. Januar 2005 erneut beraten werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Zur Bahnreform und zum Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3430

(überwiesen am 27. Mai 2004)

hierzu: Umdrucke 15/4761, 15/4961, 15/4962, 15/4983 bis 15/4985, 15/4989
bis 15/4992

Der Antrag Drucksache 15/3430 findet zu den Nummern 1 bis 9 die Zustimmung des gesamten Ausschusses. Die Nummer 10 des Antrages wird bei Gegenstimmen der CDU und der FDP von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN getragen. In der Gesamtabstimmung über die Vorlage beschließt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und FDP, dem Landtag die Annahme der Drucksache 15/3430 zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein von 1995

Antrag der Landesregierung
Umdruck 15/5194

Der Ausschuss behandelt den Antrag der Landesregierung zur Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein von 1995 auf der Grundlage des Umdrucks 15/5194. Die Landesregierung erklärt, sie beabsichtige, den Antrag in die nächste Tagung des Landtages einbringen zu wollen.

Eine Beschlussfassung in dieser Angelegenheit soll nach Vereinbarung im Wirtschaftsausschuss nach der Plenarüberweisung des Antrages der Landesregierung in gemeinsamer Sitzung des Finanzausschuss mit dem Wirtschaftsausschuss im Anschluss an die Mittagspause des Plenums am 16. Dezember 2004 erfolgen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Zukunft der Kreditwirtschaft in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 15/3757 (neu)

(überwiesen am 10. November 2004 zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere vertiefte Aussprache nimmt der Ausschuss die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 15/3757 (neu), zur Kenntnis und erklärt seine Beratungen insoweit für abgeschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Umsetzung von Hartz IV in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3345 Nr. 1 und 2

(überwiesen am 28. April 2004 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/4706, 15/4910, 15/4941, 15/5189

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen von CDU und FDP schließt sich der Ausschuss dem Votum des federführenden Sozialausschusses zu den Nummern 1 und 2 der Drucksache 15/3345 an und empfiehlt Ablehnung.

Punkt 9 der Tagesordnung:

a) Ziele und Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3153

(überwiesen am 22. Januar 2004 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdruck 15/4393

b) Umsetzung des Programms „Fahrradfreundliches Schleswig-Holstein“

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3494

(überwiesen am 16. Juni 2004 zur abschließenden Beratung)

Den Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3494 zur Umsetzung des Programms „Fahrradfreundliches Schleswig-Holstein“ nimmt der Ausschuss einstimmig zur Kenntnis und erklärt seine Beratungen für abgeschlossen.

Während Punkt 12 des Antrages der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/3153, mit dem dazu bereits vorgelegten Bericht der Landesregierung erledigt ist, finden die Punkte 1 bis 11 die Zustimmung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen von CDU und FDP. Es besteht Einvernehmen, dem Landtag hierzu im Rahmen des Selbstbefassungsrechts des Ausschusses eine Beschlussempfehlung zu unterbreiten.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2149

(überwiesen am 10. Oktober 2002)

hierzu: Umdrucke 15/2743, 15/2744, 15/2746, 15/2748, 15/2760, 15/2770,
15/2772, 15/2773, 15/2797, 15/2798, 15/2802, 15/2815,
15/2816, 15/2823, 15/2828, 15/2829, 15/2847, 15/2866,
15/2954, 15/2956, 15/2957, 15/2962, 15/2964, 15/3043,
15/3184, 15/3524, 15/3526, 15/3572

M Dr. Rohwer berichtet, auf Bundesebene werde erwogen, einen Vorschlag für ein Bundesregistergesetz zu erarbeiten, der Anfang 2005 mit den Ländern diskutiert werden solle. Aus diesem Grunde empfiehlt er, zunächst diese Vorlage eines Bundesgesetzes abzuwarten und dann zu sehen, inwieweit eine landesgesetzliche Regelung realisiert werden solle.

Der Verfahrensvorschlag findet die Zustimmung des Ausschusses.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Maßnahmen der Landesregierung zur Kompensation der LKW-Maut für
das schleswig-holsteinische Transportgewerbe**

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 12. November 2004 zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den mündlichen Bericht der Landesregierung zur Kenntnis und erklärt seine Beratungen für abgeschlossen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Schaffung der planerischen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb eines Freien-Elektronen-Lasers im Röntgenlaserbereich

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3692

(überwiesen am 12. November 2004 an den **Bildungsausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Bildungsausschuss einstimmig, dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung, Drucksache 15/3692, vorzuschlagen.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Patentverwertungsagentur der schleswig-holsteinischen Hochschulen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3640

(überwiesen am 24. September 2004 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Umdruck 15/5220

Die Beschlussempfehlung des federführenden Bildungsausschusses findet bei Gegenstimmen von CDU und FDP die Zustimmung der Mehrheit von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Punkt 14 der Tagesordnung:

**Verordnung der EU-Kommission zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (REACH);
hier: Mögliche Auswirkungen der Verordnung auf die mittelständische
Wirtschaft in Schleswig-Holstein**

hierzu: Umdrucke 15/4963 und 15/5101

(Verfahrensfragen zur Durchführung einer Anhörung in der Sitzung des Ausschusses am 12. Januar 2005. - Bisher benannte Teilnehmer: Herr von Eben-Worlée, Geschäftsführer der Worlée-Chemie GmbH und Vorsitzender des VCI Nord; Herr Dr. Wilkens, Geschäftsführer des VCI Nord, und Herr Dr. Biel, IHK Kiel)

Der Ausschuss erweitert den Teilnehmerkreis für seine für den 12. Januar 2005 geplante Anhörung um die Ökopol GmbH, den Sachverständigenrat für Umweltfragen, das MUNL und die G. Pohl-Boskamp GmbH.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der amt. Vorsitzende, Abg. Benker, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Hermann Benker

Amt. Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer